

Den Bürgern reicht's, die Regierung  
soll arbeiten statt streiten

ZUM  
WAHLLOKAL



ZUR  
KOALITIONSARBEIT



Auch im Wonnemonat Mai wird aus SPÖ und ÖVP wohl keine Liebes-Ehe mehr. Doch die Bürger wollen keinen Rosenkrieg, sondern endlich Ergebnisse sehen. Denn mit Sticheleien löst sich keines unserer Probleme.

SPÖ-Kanzler Christian Kern liefert Pizza aus. Die ÖVP warnt in einer Hammer-und-Sichel-Broschüre vor einer rot-grünen Regierung und deren Folgen. Der Wahlkampf läuft, selbst wenn Rot und Schwarz offiziell am Wahltermin im Herbst 2018 festhalten.

„Was soll durch eine Neuwahl besser werden?“, fragte kürzlich Christian Kern im WOCHE-Interview. Und auch Noch-ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner will sich nicht auf einen vorgezogenen Urnengang festlegen. Trotzdem wird gestichelt,

was das Zeug hält. Der unbestrittene Meister darin ist ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka. „Für Kern ist der Zug abgefahren“, sagte er kürzlich. Und warf ihm „Versagen als Kanzler“ vor. Für das Volk entsteht der Eindruck, dass beide Seiten nur warten, bis der andere die Nerven verliert. Und wir eine neue Regierung wählen müssen.

Doch den Bürgern reicht es. Statt der andauernden Koalitions-Scharmützel wollen sie, dass die Regierung weiterarbeitet. Und zwar mit mehr Tempo als bisher.

Schließlich hat sich die Koalition erst vor drei Monaten nach dem letzten großen Beziehungs-Krach ein neues Arbeitsprogramm verpasst. In dessen Vorwort heißt es: „Wir werden den Österreicherinnen und Österreichern in den kommenden 18 Monaten beweisen, dass wir dies Projekte geschlossen und gemeinsam abarbeiten.“ Und: „Messen Sie uns an dieser Arbeit!“

Aber die bisherige Leistung lässt zu wünschen übrig. Die Regierung ist bei ihren Vorhaben ordentlich in Verzug. Schon im April hätte ein Plan zur Abmilderung der „kalten Progression“ im Ministerrat beschlossen werden sollen.

Allein heuer bringt diese versteckte Abgabenerhöhung dem Staat fast 400 Millionen Euro. Sie kommt zustande, wenn die Löhne steigen, die Lohnsteuer-Tarife aber gleich bleiben. So rutschen immer mehr Beschäftigte in höhere Steuerstufen. Auf eine Lösung konnten sich SPÖ und ÖVP nicht einigen.

Warten müssen wir auch noch auf die versprochene Arbeitsgruppe zur Angleichung der Pensionssysteme. Sie hätte ebenfalls im April ihre Arbeit aufnehmen sollen. Aus dem Beamten-Staatssekretariat heißt es nur, dass „Abstimmungsgespräche zwischen den Ressorts laufen“.

Arbeit für die Experten gäbe es genug. Die Durchschnitts-Pensionen von Beamten und ASVG-Versicherten klaffen noch immer weit auseinander. Die durchschnittliche ASVG-Pension liegt bei 1.200 Euro. Ein ehemaliger pragmatisierter Lehrer kann sich hingegen über fast 3.500 Euro Ruhegenuss freuen, bei Richtern und Staatsanwälten sind es knapp 5.600 Euro. Polizisten und Justizwachebeamte im Ruhestand bekommen im Schnitt 2.150 Euro Pension. Wer als Beamter im Verwaltungsdienst tätig war, erhält rund 2.750 Euro.

Im Ministerrat beschließen wollte die Regierung im April auch die „Beschäftigungsaktion 20.000“ für Langzeit-Arbeitslose, die älter als 50 Jahre sind. Dabei sollen 20.000 Arbeitsplätze in Gemeinden geschaffen

oder gefördert werden.

Das ist sich ebenso wenig ausgegangen wie die sogenannte Schulautonomie. Sie soll jetzt erst Anfang Juni fertig sein. Der Entwurf erntete harsche Kritik. Für die einen gehen die Pläne zu weit, für die anderen nicht weit genug. Die ursprünglich „beachtliche Reform“ sei „bis zur Unkenntlichkeit verwässert worden“, meint etwa der frühere SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch. Rund 1.100 Stellungnahmen sind zur Schulreform eingegangen.

Wenig Freude mit den Wiener Streithanseln haben die meisten Landespolitiker. „Würden alle, die in Regierungen tätig sind, so viel Energie und Hirnschmalz auf die Regierungsarbeit verwenden, wie sie offensichtlich in taktische Spielchen investieren, wären wir wahrscheinlich in manchen Fragen schon weiter“, mahnte jüngst der neue oberösterreichische ÖVP-Landeschef Thomas Leherer.

Das „Rot-Grün-Manifest“ im Sowjet-Stil, mit dem ÖVP-Strategen vor der „linken Wende“ warnen, wollen die wenigsten Landesparteien verteilen. Zehn Verbote listen die Parteitaktiker darin auf, die den Bürgern angeblich drohen, wenn sich eine Regierung von SPÖ und Grünen zusammenfindet. So heißt es in der Schreckens-Aufstellung: „Du darfst von Zuwanderern nichts einfordern.“ Denn Rot-Grün wolle „Zuwanderung ohne Regeln und Bedingungen. Die Mehrheitskultur soll sich aus Rücksicht vor anderen Kulturen zurücknehmen“. Und Verbot Nummer neun lautet in der ÖVP-Broschüre: „Du darfst nichts über den eigenen Vorteil stellen. Rot-Grün wird zum Selbstbedienungsladen.“

Die Dauer-Streiterei im Bund könnte zur Falle für die Landesparteien werden. Denn im Frühjahr 2018 wird in vier Bundesländern gewählt. In Niederösterreich, Salzburg und Tirol muss ein schwarzer Landeschef seinen Sessel verteidigen. In Kärnten ist die wiedererstarkte FPÖ der Hauptgegner von SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser.

**Bitte blättern Sie um!**

## Szenen einer Koalitions-Ehe

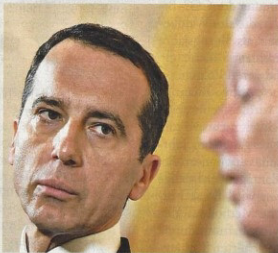
Patricia Staniek (53, Bild), ist Spezialistin für das Verhalten von Menschen. Sie erkennt verborgene Gefühle in der Mimik und Körpersprache, und weiß sofort, wenn jemand im Gespräch nicht die Wahrheit sagt.



„Manchmal spüren Menschen, dass sie manipuliert werden, manchmal nicht“, erklärt die Verhaltensexpertin. „Viele glauben, über ein hohes Maß an Menschenkenntnis zu verfügen, und täuschen sich doch oft zu ihrem eigenen Nachteil.“ Die Techniken der Beeinflussung zeigt sie in ihrem neuen Buch „Mein Wille geschehe – Macht und Manipulation entschlüsseln“ auf.

Auch die Gesichter von Politikern zeigen oft mehr, als sie sagen. Patricia Staniek hat für die WOCHE Bilder von SPÖ-Kanzler Christian Kern und ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner analysiert.

### 30. Jänner, Vorstellung des neuen Koalitions-Arbeitsprogrammes



„Kanzler Christian Kern zieht die Augenbrauen etwas hinunter. Das erkenne ich bei ihm daran, dass sich die Lidfalte nach oben verschiebt. Wir ziehen die Brauen nach unten, wenn wir uns ärgern, wenn wir skeptisch sind oder uns konzentrieren. In diesem Fall scheint der Bundeskanzler mit einer Aussage nicht einverstanden zu sein. Sein Blick lässt sich als leichte Verärgerung deuten.“

### 28. März, Ministerrat



„ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner blickt scheinbar zu Kanzler Kern. Sein Mundwinkel ist einseitig eingepresst. In diesem Fall haben wir es mit Verachtung oder Geringschätzung zu tun. Ob sie mit Christian Kern, mit einer Aussage von ihm oder mit jemandem zu tun hat, der vielleicht neben dem Kanzler steht, bleibt ein Geheimnis.“